

Liebe Hainburger!

Unsere Bürger gelten als wehrhaft. Mit Erfolg.

So haben sich die Freunde unserer Au in den schweren Tagen 1984 ebenso durchgesetzt wie die Verteidiger kulturhistorischer Wahrzeichen um 2002 – so des Mittelalterturmes am Donauufer gegen Modetorheiten in Glas, Stahl und Beton.

Nun ist es wieder Zeit, Zähne zu zeigen, denn – vor allem Geldgier kommt niemals zu Ruhe. Es geht um die Maßlosigkeit, um die Unersättlichkeit der Steinbruchbetreiber Deutsch Altenburg.

Nach Abtragung halber Berge und allem was darauf war (von antiken Heiligtümern bis zu pannonischer Biodiversität), sind sie im Begriff, nun auch den – die Stadtlandschaft und das Lokalklima Hainburgs mitprägenden – Bergriegel zwischen Stadt und Steinbruchkessel mit seinen Felssprengungen abzutragen.

Lärm, Erschütterungen und Feinstaub – schon jetzt eine Belastung der am Waldhang siedelnden Hainburger, drohen dann für ganz Hainburg.

Und die Behörden sehen zu – trotz laufender Verluste an schützenswerter Vegetation, trotz beunruhigender Feinstaubwerte, die der Greenpeace Messwagen erhob und obwohl Bürgeraktivisten bereits ihr Leben riskierten, um Sprengungen an falscher Stelle zu verhindern.

Die unbegreifliche Behördengelassenheit erfüllt kritische Bürger bereits mit Argwohn, welche Schutzengel auf Bezirks- und Bundesebene diesen Raubbau wohl decken?

Beobachter, die das Gras wachsen hören, wollen sogar einen Zusammenhang mit der Tatsache sehen, dass der zuständige Jurist der BH Bruck /Leitha vor etlichen Jahren überraschend in das Management der Steinbruchbetreiber wechselte.

Was ist daran unkorrekt?

Die freie Wahl des Arbeitsplatzes ist ein demokratisches Grundrecht und das Budget drängt zur Schrumpfung der Staatsdienste.....

Halten wir uns also strikt an die Interessen der Hainburger:

Wir verdanken diesem querlaufenden Bergkamm und dem zur Stadt geneigten Waldhang nicht nur den Schutz gegen Sprengungen und Staub, sondern auch die Milderung von Westwettereinbrüchen.

Zudem beobachten alteingesessene Hainburger eine Abschirmung gegen die, im Donautal bekannten Bodennebel – tatsächlich ist Hainburg in diesen Jahreszeiten die sonnigste der Südufergemeinden.

Erfreulicherweise ist die Unruhe unserer Bürger keine Revolte gegen ihre Gemeinde – im Gegenteil – mit beachtlichem Weitblick unterzeichnete bereits Anfang der 1980-er Jahre der damalige Bürgermeister ein zivilrechtliches Abkommen mit dem Steinbruchbesitzer Hollitzer zum Schutz der Hainburger Bevölkerung, den besagten Bergkamm nicht unter 300 m herunter abzutragen – und dies sogar, obwohl der Hainburger Bürgermeister damals, weiß Gott ein Freund und Förderer der Steinbruchtätigkeit war – aber das Wohl seiner Bürger verpflichtete ihn.

Dieses Dokument existiert – der heutige Bürgermeister – gewiss umweltfreundlicher und bürgernäher als der damalige – müsste den Steinbruchbesitzer auf Unterlassung klagen – denn die 300m Grenze wurde bereits in sprengmeisterlichen Piratenakten unterschritten!

Der Steinbruch ist noch im selben Besitz, der Familie ist ihr Ruf in der Region und das Wohl der Bürger vermutlich nicht egal.

Sie hat hier einen Ruf zu verlieren.

Doch fatalerweise hat sie an ein internationales Firmenkonsortium verpachtet – mit Stammsitz in Mexiko – Cemex – Betreiber, für welche die Lebensqualität der Hainburger nicht zählt, sondern nur die Rendite - wen interessiert da schon das Wohl dieser Stadt?

Doch der Zivilrechtsvertrag zwischen Besitzer und Hainburg ist dadurch nicht ausgehebelt, sondern – ganz im Gegenteil – wichtiger denn je.

Unser Bürgermeister zögert – zu viele seltsame Dinge sind rechtlich schon um diesen Steinbruch passiert– genau genommen hätte er behördlich längst stillgelegt sein sollen und dann kam es wieder anders.

Der Bürgermeister bedenkt den Streitwert, den die Gegner gewiss hochzutreiben suchen, um die Prozesskosten in abschreckende Höhen zu treiben.

Hainburg hat kein Geld, was würden die Bürger sagen, wenn der Prozess über mehrere Instanzen läuft, juristisch absichtlich verkompliziert - Cemex kann sich das leisten?

Die einzige Chance ist, dass die Bürger ihrem Bürgermeister ein klares Mandat erteilen, die Interessen der Stadt zivilrechtlich zu verfolgen.

Die Gegner haben sich bereits ins Unrecht gesetzt, sie haben die 300m Marke verletzt.

Das Abkommen ist kristallklar und gerade noch nicht verjährt.

Stützen Sie den Bürgermeister, verschaffen Sie ihm demokratisch und medial starken Rückenwind.

Er hat alle Sympathien in einer Zeit, in der Umweltqualität, Nachhaltigkeit und Verringerung des ökologischen Fußabdruckes zu großen Themen der Politik geworden sind.

Thematisieren Sie den enormen ökologischen Fußabdruck dieses Raubbaues. Zeigen Sie, wie weit entfernt er von jeder Nachhaltigkeit ist, wie die Geldgier eines überwiegend ausländischen Konsortiums mit erschreckend geringem Beschäftigungseffekt vor Ort, aber nicht mehr tolerabler Zerstörung, durch beherzte Bürger in die Schranken gewiesen wird.

Auf dem Grabstein dieser Raubbauzivilisation, die seit Jahrzehnten den Planeten plündert und dabei noch konkursträftig über ihre eigenen Verhältnisse lebt, wo die großen Macher die Ökologie auf den Lippen und den Profit im Herzen führen, wird dereinst stehen:

"Zu viel war nicht genug"

Jetzt ist wieder einmal der Mut der Bürger gefragt - nicht gegen ihren politischen Vertreter, sondern zu seiner Absicherung!

Klagen wir an diesem besonders drastischen Fall die eklatante Überschreitung des ökologischen Fußabdruckes ein - sonst erwartet uns höchstens ein ökologischer Fußtritt - und der auf Mexikanisch

Euer
Bernd Lötsch
Hauptplatz 10